



NEWSLETTER

NORD|SÜD *news* III / 2018



Vor allem in Kolumbien lebt gefährlich, wer sich wehrt. Proteste gegen die Bildungsprivatisierung 2011

Demokratie in Gefahr

Arbeitnehmendenrechte müssen verteidigt werden

Mit dem Rechtsruck in etlichen Ländern Lateinamerikas werden immer mehr Arbeitnehmer_innenrechte ausgehebelt. Das verschärft die laut IGB-Rechtsindex 2018 ohnehin „zutiefst beunruhigende“ Lage. Allein in Kolumbien wurden in einem Jahr 19 Gewerkschaftsmitglieder ermordet.

Der guatemalteckische Gewerkschaftssekretär Tomas Francisco Ochoa Salazar arbeitet in einer Fleischfabrik und kämpft für die Anerkennung seiner Betriebsgewerkschaft. Die Firma reagiert mit Schikanen, die die Mitglieder der Gewerkschaft einschüchtern sollen. Im September 2017 wird Ochoa Salazar 50 Meter von seinem Arbeitsplatz entfernt erschossen.

Süd- und Mittelamerika ist für Menschen, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, eine gefährliche Region. Seit 2004 wurden in Guatemala 87 Gewerkschaftsmitglieder ermordet, ohne dass ihr Tod geahndet wurde. In Kolumbien waren es allein im Jahr 2017 19 Menschen – so viele, wie in keinem anderen Land der Welt. Auch in Brasilien und Mexiko fielen Gewerkschaftsmitglieder Attentaten zum Opfer. „Die Situation in Lateinamerika ist zutiefst beunruhigend, da die weit verbreitete und systemische Gewalt mit jahrelanger Straffreiheit für diese Morde einhergeht“, heißt es im Rechtsindex 2018 des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) über die schlimmsten Länder der Welt für erwerbstätige Menschen.

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Demokratie in Gefahr

- | Arbeitnehmendenrechte müssen verteidigt werden S. 1f
- | Der Kommentar – Gewerkschaften gegen Rechtsschwenk: Ein neues Entwicklungsmodell ist gefragt!..... S. 3
- | Brasilien: Die Herausforderung Bolsonaro..... S. 4
- | Argentinien: Mit Generalstreiks gegen Sparpolitik S. 5
- | Kolumbien: Lieber groß und gemeinsam S. 6
- | Ecuador: Internationaler Druck stärkt lokale Strukturen S. 7
- Aus den Projekten**
- | Globale Herausforderungen lokal denken S. 8
- In Kürze**
- | Buen Vivir – Vordenker zu Gast; „Meilenstein“ in Katar; ILO wird 100; Filmtipp: Die Gefangene S. 9

Fortsetzung von Seite 1

Mit dem Index dokumentiert der IGB, wie Regierungen und Arbeitgeber_innen in insgesamt 142 Ländern demokratische Rechte verletzen, Rechte von Arbeitnehmer_innen. Etwa durch Angriffe auf bürgerliche Freiheiten, willkürliche Verhaftungen, die Aushebelung des Tarifprozesses oder zunehmende Kriminalisierung des Streikrechts.

Demokratische Spielräume für erwerbstätige Menschen schwinden, die ungebremste Einflussnahme der Wirtschaft dauert unvermindert an, stellt Sharan Burrow fest, die Generalsekretärin des IGB. Der Rechtsruck in etlichen Staaten Lateinamerikas verschärft die Lage. In Brasilien hatte schon die konservative Regierung Temer die Vereinigungsfreiheit aufgehoben, die Redefreiheit eingeschränkt und Militär gegen Streikende eingesetzt. Die ungerechtfertigte Inhaftierung des früheren Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien sei eine düstere Botschaft, so Burrow. Vom neugewählten rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro ist noch schlimmeres zu erwarten.

Auch in anderen lateinamerikanischen Ländern herrscht ein allgegenwärtiges Klima extremer Gewalt und Repression gegenüber Beschäftigten und ihren Vertreter_innen. „Einzelnen Gewerkschaften wurde wiederholt die Zulassung ver-

weigert, und angesichts der weiten Verbreitung von Schutzverträgen und der Gründung gelber Gewerkschaften zur Verhinderung einer echten Arbeitnehmer_innenvertretung wurde das Tarifverhandlungsrecht massiv untergraben“, heißt im Rechtsindex 2018.

Die Autor_innen des Index ermitteln die Situation von Beschäftigten und den Stand kollektiver Arbeitnehmer_innenrechte und erstellen ein Ranking. Guatemala und Kolumbien gehören zu den zehn weltweit schlimmsten Staaten – neben Ägypten, Algerien, Bangladesch, Kambodscha, Kasachstan, den Philippinen, Saudi-Arabien und der Türkei. Innerhalb Lateinamerikas ist die Lage aber auch in Ecuador, Honduras und Mexiko besonders hart. Auch wenn es in diesen Ländern Gesetze gibt, die Rechte für Erwerbstätige und ihre Vertreter_innen festschreiben – tatsächlich wird ihnen die Möglichkeit verwehrt, sie wahrzunehmen. Arbeitnehmer_innen sind unlauteren Arbeitsbedingungen oder staatlicher Willkür ausgeliefert.

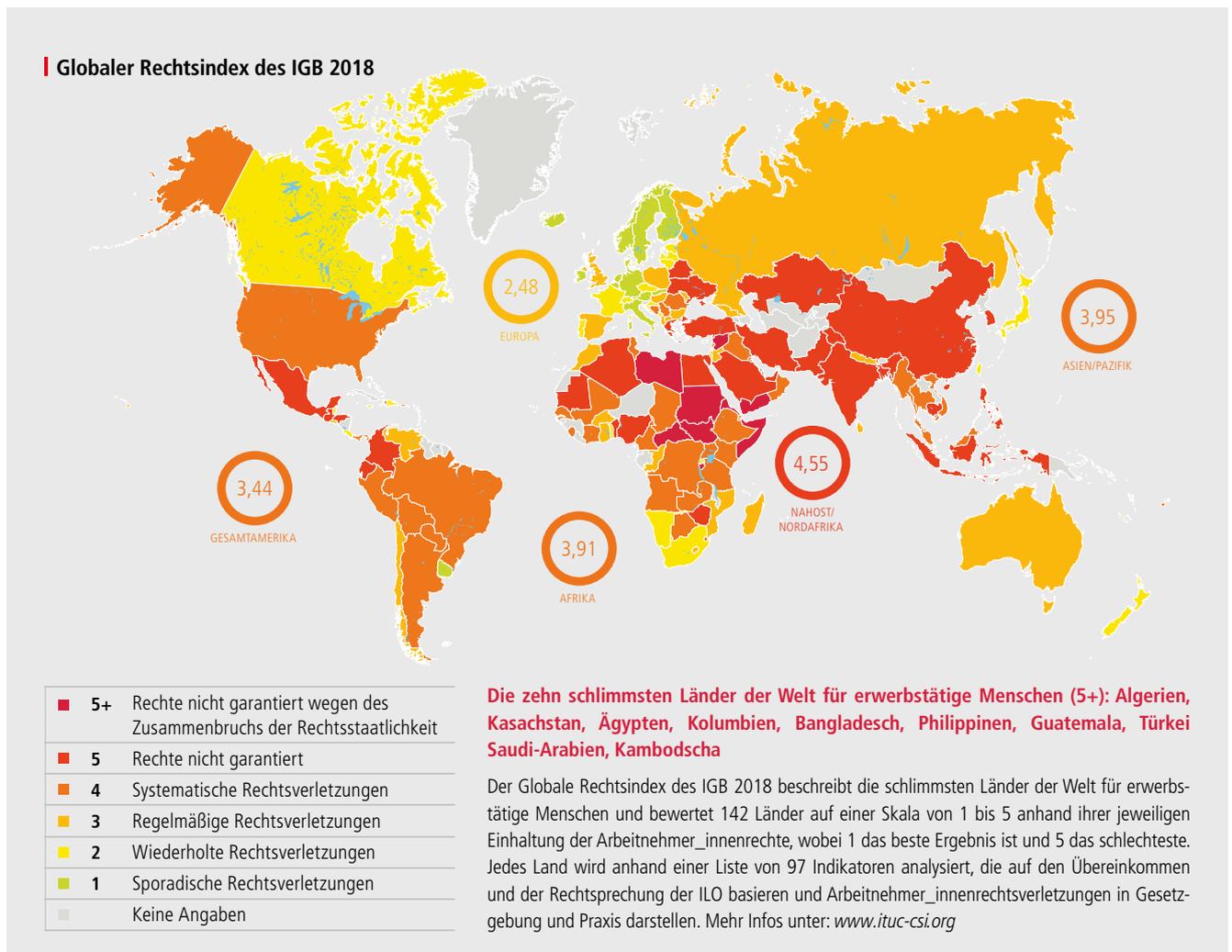
Nur eine Stufe weniger schlecht schneiden Argentinien, Bolivien, auch Brasilien, Haiti, Panama, Paraguay, Peru sowie Trinidad und Tobago ab. Dort sind systematische Rechtsverletzungen

an der Tagesordnung, die Einhaltung der Grundrechte ist in Gefahr. Regierungen oder Unternehmen – oder beide gemeinsam – versuchen, kollektive Arbeitnehmer_innenvertretungen zum Schweigen zu bringen. In Chile, El Salvador und Venezuela greifen Regierungen beispielsweise in Arbeitskämpfe ein, auch Unternehmen verletzen die Rechte von Beschäftigten regelmäßig. Nur etwas besser sieht es aus in Belize, Costa Rica, der Dominikanischen Republik und Jamaika. Hier bekommen Arbeitnehmer_innen zwar ihre Rechte gewährt, aber Vorstöße für bessere Arbeitsbedingungen werden untergraben.

Nur in einem Land ist die Lage für Beschäftigte und Gewerkschaften mit der in Deutschland und anderen europäischen Ländern wie Finnland, den Niederlanden oder Norwegen vergleichbar: Uruguay ist in den Ratingkategorien des Index auf der besten Stufe 1. Allerdings: Auch aus diesen Ländern wird von sporadischen Rechtsverletzungen berichtet.

Anja Krüger

 Die Autorin lebt als Journalistin in Berlin und beobachtet seit Jahren die Strategien von Gewerkschaften weltweit.





Ein neues Entwicklungsmodell ist gefragt!

Die Krisen in Südamerika haben nur auf den ersten Blick unterschiedliche Hintergründe. Tatsächlich krankt es überall daran, dass die Regierungen die soziale Frage vernachlässigen.

In Südamerika knirscht es angesichts politischer Polarisierung, sozialer Ungleichheit und gravierender Wirtschaftskrisen. In Venezuela haben die „linke“ Regierung und die Opposition über Jahre das Land im Dauermachtkampf gegen die Wand gefahren und so erst einen ökonomischen Absturz und eine veritable Migration venezolanischer Bürger_innen in die umliegenden Nachbarländer produziert.

In Argentinien, wo Mauricio Macri 2015 als Mann wirtschaftsliberaler Vernunft gefeiert wurde, bestimmen Wirtschaftskrise, galoppierende Inflation und Generalstreiks wieder die Schlagzeilen. Die Fusion und damit Abwertung von unter anderem dem Arbeits- und dem Gesundheitsministerium mit anderen Ministerien zum Erreichen von mit dem IWF vereinbarten Sparzielen sind deutliche Alarmsignale für die Arbeitnehmenden, die jetzt schon die Hauptlast von Wirtschaftskrise und Inflation tragen.

In Brasilien hat der durch den parlamentarischen Staatstreich an die Macht gelangte Michel Temer das Präsidentenamt unrühmlich verlassen. Die wirtschaftliche Misere ist ungelöst, die politische Spaltung des Landes tiefer als zuvor und die Korruptionsermittler sitzen ihm und seiner gesamten Koalition im Nacken.

Der neue Präsident, der rechtsextreme Ex-Militär Jair Bolsonaro, wird von Investoren und der Großagrarielobby gestützt und will das Land zu einem Experimentierfeld des Neoliberalismus machen. Schon im ohnehin aufgeheizten Wahlkampf – auf einer Veranstaltung des ehemaligen Präsidenten der Arbeiterpartei, Lula da Silva, wurde geschossen, Bolsonaro selbst später Opfer eines Messerangriffs – wurde deutlich, wie unwahrscheinlich es ist, dass Brasilien derzeit zur Ruhe kommen kann. Bolsonaros Wahl schließlich ist das Ergebnis einer schon vor Jahren begonnenen Offensive mit dem Ziel, die großen Strukturen und Organisationen der Linken zu destabilisieren. Indem er nun „Säuberungen“ angekündigt hat, zeigt sich, wie sehr dabei auch die Demokratie auf der Strecke bleiben wird.

In Kolumbien ist nach der Wahl von Ivan Duque die Zukunft des Friedensprozesses ungewiss und die Verfolgung von Menschenrechtler_innen, Umweltaktivist_innen und Gewerkschafter_innen hält weiter an. Immerhin unterlag der progressive Kandidat Gustavo Petro bei

gesellschaftliche Herausforderung – in Folge niedriger Gehälter, unsicherer Arbeitsplätze, Inflation sowie Arbeitslosigkeit und Armut. Hier müssten verantwortliche Regierungen ansetzen, um ihre Länder und den Kontinent voranzubringen.

Sie müssten sich der sozialen Frage des Kontinents stellen, an einem Entwicklungsmodell arbeiten, das jenseits des überholten Ausbeutungsmodells von Rohstoffexport und Agrobusiness die Diversität von Menschen und Natur respektiert und eine soziale Inklusion aller Bevölkerungsgruppen ermöglicht. Sonst



Eine Brücke in die Zukunft? Im Gegenteil – Brasilianische Gewerkschafter_innen gegen die Reform des Arbeitsrechts

den Präsidentschaftswahlen nur knapp und es zeigte sich, dass geeinte soziale Bewegungen und progressive Parteien perspektivisch die Möglichkeit haben, die Gesellschaft sozialer zu gestalten.

Die Mehrheit der Südamerikaner_innen sieht die eigene wirtschaftliche Lage als größte gesellschaftliche Herausforderung.

Und genau das wäre in dem Kontinent bitter nötig, dessen größtes Übel die himmelschreiende soziale Ungleichheit ist. Laut der kontinentalen Meinungsumfrage „Latinobarómetro“ sieht die Mehrheit der Südamerikaner_innen die eigene wirtschaftliche Lage als größte

ist der Kampf um das Ziel 8 der UN Agenda für nachhaltige Entwicklung – „dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“ für Arbeitnehmende in Südamerika verloren, bevor er überhaupt begonnen hat.

Niklaas Hofmann

Niklaas Hofmann hat in den vergangenen fünf Jahren das lateinamerikanische Büro des DGB Bildungswerk BUND aufgebaut. In seiner neuen Funktion als Kompetenzzentrumsleiter im Forum politische Bildung vermittelt er Arbeitnehmenden Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – auch zur Situation von Gewerkschaften in Lateinamerika (s. „Unsere Seminare“ auf S. 10)



Foto: © Helmut Roos



Die Herausforderung Bolsonaro

Die Gewerkschaften müssten die Menschen „mit guten Argumenten sensibilisieren“, fordert Gewerkschafter José Maria Rangel nach der Wahl des neuen Präsidenten in Brasilien. Die Grundlage: eine breite Allianz demokratischer Kräfte und eine alternative Agenda.

Die Wahl des rechtsextremen Jair Bolsonaro zum neuen Präsidenten Brasiliens stellt die Gewerkschaften vor neue Herausforderungen. Im größten Land Lateinamerikas droht ein radikaler Rechtsruck, der auch Signalwirkung für andere Staaten der Region haben dürfte. Der umstrittene Ex-Militär kündigte bereits im Wahlkampf an, die Arbeitsrechte und die schüchternen Errungenschaften des brasilianischen Sozialstaats einer rigiden Prüfung zu unterziehen. Auch der politische Spielraum von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sei von der rüden Rhetorik Bolsonaros bedroht, warnen Gewerkschafter und Aktivisten.

„Die Menschen werden verstehen, dass es besser ist, weniger Rechte und mehr Arbeitsplätze zu haben als alle Rechte und große Arbeitslosigkeit“, sagte Bolsonaro unlängst vor der Handelskammer von Rio de Janeiro (ACRJ). Die anwesenden rund 300 Unternehmer applaudierten und freuten sich über weitere Versprechen: Entbürokratisierung, Förderung von Investitionen und weniger Kontrollen von Unternehmen seitens der Behörden. Der zukünftige Vizepräsident, General Hamilton Mourão, pochte im Wahlkampf gar auf ein Ende des 13. Monatsgehalts und eine Kürzung des Urlaubs.

Alarm schlagen Gewerkschaften auch wegen Bolsonaros Plänen, formale Beschäftigungsverhältnisse mit deutlich weniger sozialer Ab-

sicherung zu schaffen. Der Rechtsextremist will sogenannte grügelbe Jobs schaffen, die anders als die herkömmlichen sozialversicherten Jobs nicht dem gültigen Arbeitsrecht entsprechen, sondern auf individuellen Absprachen zwischen Arbeitgeber und -nehmer beruhen. „Es handelt sich um einen Betrug, mit dem informelle, prekäre Jobs legalisiert werden sollen“, kritisiert



Foto: © Alberto Veiga

Rund 13 Millionen Brasilianer_innen sind arbeitslos, Gewerkschafter schlagen Alarm. Protest im Juli in Rio de Janeiro

die Wirtschaftsprofessorin Leda Paulani im Gespräch mit dem Internetportal der Gewerkschaftsverbands CUT (Central Única dos Trabalhadores). Die grügelben Jobs änderten „nichts an der rechtlosen Situation des Arbeitenden. Er soll sich nur nicht mehr erniedrigt fühlen“, erklärt Paulani. Die CUT und andere Gewerkschaftsverbände lehnen diese Initiative ebenso ab wie andere Vorstöße zur Aufweichung des Arbeitsrechts.

Bereits seit zwei Jahren haben die Vertreter_innen einer liberalen Wirtschaftspolitik in Brasilien das Sagen. Übergangspräsident Michel Temer startete eine Offensive gegen die sozialen Errungenschaften aus 14 Jahren Regierung unter der gemäßigt linken Arbeiterpartei PT. Gewerkschaften und neue Zusammenschlüsse sozialer Bewegungen leisten Widerstand, konnten jedoch nicht verhindern, dass Temer mit der konservativen Mehrheit im Kongress eine umfassende Arbeitsrechtsreform durchsetzte. Die Reform schwächt die Position der Beschäftigten bei Lohnverhandlungen, erlaubt längere Arbeitszeiten und för-

dert prekäre Arbeitsverhältnisse im Gegensatz zu sozialversicherten Jobs. Der versprochene Wirtschaftsaufschwung, der mit diesem unternehmerfreundlichen Regelwerk erreicht werden sollte, stellte sich aber nicht ein. Rund 13 Millionen Brasilianer_innen sind heute arbeitslos, fast doppelt so viele wie 2014. Die Wirtschaftskrise hält unvermindert an: Viele suchen schon keinen Job mehr, zumal die Unterbeschäftigung nochmal gut 15 Millionen Menschen betrifft und die Reallöhne stetig sinken. Mehrfach wurde die Prognose des diesjährigen Wirtschaftswachstums nach unten korrigiert und liegt derzeit bei rund einem Prozent.

Nach der Niederlage des PT-Kandidaten Fernando Haddad in der Stichwahl Ende Oktober versuchen linke Parteien, Gewerkschaften und verschiedene Plattformen sozialer Bewegungen, eine breite Allianz gegen den Rechtsruck zu bilden. José Maria Rangel von der Föderation der Ölarbeiter FUP (Federação Única dos Petroleiros) mahnt eine eingehende Analyse der Wahlniederlage an. „Wie konnte es passieren, dass ein Kandidat ohne politisches Programm so viele Stimmen bekommen konnte“, fragte der Gewerkschafter auf einer Veranstaltung. Er kritisierte die Distanz vieler linker Parteien zu ihrer eigenen Basis und hält Demonstrationen auf den Straßen in der jetzigen Lage für das falsche Mittel. Es gehe um die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat. „Dafür müssen wir die Menschen mit guten Argumenten sensibilisieren“, sagte Rangel.

Eine Grundlage dieser Allianz wird das Manifest sein, das die sieben größten Gewerkschaften des Landes im Vorfeld der Wahlen veröffentlichten. Es zählt die Eckpunkte einer alternativen Agenda auf, mit der wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit ermöglicht werden soll. Mit Hinweis auf die Richtlinien der Internationalen Arbeitsorganisation ILO fordern die Gewerkschaften das Recht auf kollektive Arbeitsverträge, eine stete Erhöhung des Mindestlohns und eine Festlegung der Wochenarbeitszeit auf maximal 40 Stunden. Zudem soll der Kampf gegen sklaviereähnliche Arbeitsverhältnisse wieder aufgenommen werden. Zur Sanierung des Haushalts wird eine Steuerreform vorgeschlagen, die die Abgaben für Einkommen und Eigentum progressiv steigert und Konsumsteuern senkt.

Andreas Behn

 Der Autor lebt in Rio de Janeiro und berichtet seit Jahren aus Südamerika.

 Das Manifest: www.diap.org.br/images/stories/agenda_prioritaria_classe_trabalhadora_2018.pdf



Foto: © Alberto Veiga

Reicht es, auf die Straße zu gehen?



Mit Generalstreiks gegen Sparpolitik

In Argentinien machen die Gewerkschaften mobil gegen die Regierung Macri. Die Frauenbewegung wird zur wichtigen Mitstreiterin und -streikerin.

In Argentinien stehen die Zeichen auf Konfrontation. Präsident Mauricio Macri setzt unbeirrt auf Sparpolitik und baut die Wirtschaft nach neoliberalen Rezepten um: weniger Sozialstaat, Liberalisierung des Arbeitsrechts und mehr Freiheiten für Unternehmen. Das Murren im Land wird immer lauter. Drei Generalstreiks und breite Mobilisierung durch die sozialen Bewegungen haben Macri die Grenzen seiner Handlungsmacht aufgezeigt.

Wirtschaft nach außen bringe viele kleine und mittlere Unternehmen an die Existenzgrenze. „Durch die Sparpolitik steigt die Ungleichheit rapide an, immer mehr Menschen verlieren ihre Jobs. Ganz im Gegensatz zu Macris Versprechen ist die Staatsverschuldung steil in die Höhe gegangen“, erklärt Díaz, Frauenbeauftragte des Gewerkschaftsbundes CTA.

Die Missstimmung erreichte ihren Höhepunkt, als Macri im Juni mit dem bei vielen Argentinier_innen verhassten Weltwährungsfonds IWF ein Schuldenabkommen schloss. Das südamerikanische Land erhält 50 Milliarden US-Dollar Kredit und muss als Gegenleistung den Gürtel



Seine kompromisslose Haltung hat zu einer gewerkschaftlichen Einigung geführt: Argentiniens Präsident Macri

lahm. Die erfolgreiche Mobilisierung war auch darauf zurückzuführen, dass die immer wieder zerstrittenen Gewerkschaften angesichts der zugespitzten Lage an einem Strang zogen. „Die ökonomischen Maßnahmen, die die Regierung in letzter Zeit verabschiedete, benachteiligen die Arbeiter_innen. Die Regierung muss diese Wirtschaftspolitik ändern, die uns in ein Desaster führt“, sagt Juan Carlos Schmid, einer der drei Generalsekretäre der CGT, dem traditionellen und größten Gewerkschaftsbund Argentiniens.

Zahlreiche interne Konflikte haben die CGT in letzter Zeit erheblich geschwächt. Mehrere Gewerkschaftsführer wurden der Korruption bezichtigt, einige von ihnen sitzen deswegen inzwischen in Haft. Zahlreiche Mitgliedsgewerkschaften standen der Vorgängerregierung von Cristina Kirchner zunehmend kritisch gegenüber und suchten anfänglich die Nähe zu Präsident Macri. Doch dieser zeigte keinerlei Entgegenkommen, im Gegenteil: Die Regierung machte Front gegen Gewerkschaftsführer, verhängte ein millionenschweres Bußgeld gegen eine Fernahrgewerkschaft und setzte bei Arbeitskämpfen auch gerne auf Streikbrecher.

Macris kompromisslose Haltung hat in gewissem Maß zu einer gewerkschaftlichen Vereinigung im Protest gegen seine Wirtschaftspolitik geführt. Neben Gewerkschafter_innen sind soziale Bewegungen und vor allem die Frauenbewegung wortführend im landesweiten Protest gegen die Regierung. „Seit den Kampagnen gegen Femi-zid und Misshandlungen der letzten Jahre ist in Argentinien eine einflussreiche feministische Massenbewegung entstanden, die alle Fragen der Ungleichheit aufgreift. Ihre Forderungen nach gleichem Lohn für alle und nach besseren Arbeitsbedingungen ist ebenso wie ihr Kampf um Selbstbestimmung eine Herausforderung der konservativen Regierung“, sagt Estela Díaz. Die Frauen nutzen Streiks als Mittel, um ihre Forderungen durchzusetzen. Es ist der Beginn eines Dialogs mit Gewerkschaften. Die Gesellschaft politisiert sich immer mehr, und die sozialen Konflikte werden zunehmen, sagt Díaz voraus.

Andreas Behn



Die zuletzt entstandene feministische Bewegung kann eine wichtige Bündnispartnerin sein

Als der konservative Politiker Anfang 2016 ins Amt kam, herrschte noch Optimismus in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung. Nach vielen Jahren linksperonistischer Regierung unter dem Präsidentenehepaar Kirchner, die im Sozialbereich viele Fortschritte voranbrachte, aber politisch eher eigenwillig agierte, herrschte sogar ein wenig Aufbruchstimmung. Auch Teile der traditionell sehr starken Gewerkschaften boten Macri anfangs eine Art Waffenstillstand an.

Doch inzwischen gilt Argentinien als Krisenland. Die Währung verliert seit Monaten dramatisch an Wert, die Inflation verharrt unnachgiebig bei über 20 Prozent und seit dem Frühjahr sinkt das Bruttoinlandsprodukt. Die Gewerkschafterin Estela Díaz macht die Wirtschaftspolitik der Regierung verantwortlich. Die Öffnung der

enger schallen, also noch mehr sparen. Bei den öffentlichen Ausgaben soll im kommenden Jahr eine Einsparung von gut sieben Milliarden US-Dollar erreicht werden. Erinnerungen an die dramatische Schuldenkrise und den Staatsbankrott nach IWF-Sparauflagen im Jahr 2001 wurden wach.

Grund für diesen Schritt war allerdings auch die aus argentinischer Sicht widrige Weltwirtschaftslage. Durch den Zinsanstieg in den USA hat in ganz Lateinamerika eine Kapitalflucht eingesetzt, die alle lokalen Währungen heftig unter Druck setzt: Weil die Investitionen aus dem Ausland zurückgehen, wird die Wirtschaftskraft gebremst. Der dritte Generalstreik, der sich auch gegen das IWF-Abkommen richtete, legte Argentinien einen Tag lang praktisch





Lieber groß und gemeinsam

Die Gewerkschaften in Kolumbien richten sich neu aus und setzen auf Zusammenarbeit mit Partnern weltweit. Bei den Transportarbeiter_innen zeigen sich bereits Erfolge.

Buenaventura heißt der größte Pazifikhafen Kolumbiens. Esteban Barboza, der Präsident der Gewerkschaft der Transportarbeiter, SNTT, hatte dort in den letzten Monaten immer wieder zu tun. Es gab Konflikte mit den Betreibern mehrerer Terminals. „Am Ende hat das Arbeitsministerium vermittelt“, erklärt er. „Wir haben einen Etappensieg für die Festanstellung errungen.“ Es ist ein Erfolg nach schwierigen Jahren.

Barboza ist ein schlaksiger 55-Jähriger und steht für die gewerkschaftliche Neuausrichtung in Kolumbien. „Unsere Gewerkschaftsbewegung hat durch den Terror gegen unsere Organisationen seit Mitte der 1980er Jahre stark an Mitgliedern verloren“, sagt er. Damals waren rund zwanzig Prozent der Arbeitnehmer_innen in einer Gewerkschaft, heute sind es nur knapp fünf Prozent. Tausende Gewerkschaftsaktivist_innen wurden ermordet, andere latent bedroht, Arbeitnehmer_innen zogen sich zurück. Barboza nicht, obwohl er selbst bedroht wurde und deshalb 2006 ein halbes Jahr nach Spanien ins Exil ging. Barboza stammt aus der Hafenstadt Cartagena de Indias, hat als Taxifahrer und Hafendarbeiter gearbeitet und ist seit langem auch für den größten gewerkschaftlichen Dachverband, die CUT, aktiv.

Die CUT war traditionell auf Betriebsebene organisiert. Als die Mitgliederzahlen sanken, erschien

das jedoch immer weniger sinnvoll. Ende 2006 plädiert Barboza deshalb auf dem CUT-Kongress für den Umbau des größten der drei Gewerkschaftsdachverbände in Kolumbien. „Ich wollte nicht tatenlos zusehen, wie wir in immer kleinere Einheiten zerrieben werden“, sagt er. Seither gibt es 18 große Sektorengewerkschaften, im Transport und Logistiksektor ist es die SNTT, Barboza koordiniert deren Aufbau seit Beginn. Auf 26 positive Tarifvertragsabschlüsse kann er verweisen. Insgesamt will er rund 1,46 Millionen Arbeitnehmer_innen aus dem Transport- und Logistiksektor besser organisieren und vertreten. Leicht ist das nicht.

Das Gros arbeitet ohne offiziellen Arbeitsvertrag in den Terminals der Häfen, beim Logistiker oder als Bus-, Taxi- oder Truckfahrer_in. „Unser Ziel ist es, aus informellen Jobs formale Arbeitsverhältnisse zu machen und unsere Mitgliederzahl zu steigern“, sagt Barboza. Outsourcing und die geringe Akzeptanz für Gewerkschaften bei den Unternehmen erschweren ihm die Arbeit.

„Unser Ziel ist es, aus informellen Jobs formale Arbeitsverhältnisse zu machen.“

Daran werde sich unter der neuen Regierung von Präsident Iván Duque, der dem erzkonservativen Centro Democrático angehört, wenig ändern, meint der Gewerkschafter. Die Zeiten, wo Gewerkschafter_innen in die direkte Nähe der Guerilla gerückt wurden, seien „zwar weitge-

hend vorbei“. Aber die neue Regierung trete für die Modifizierung des Friedensabkommens mit der FARC-Guerilla ein. Das ist die eine Sorge, die ihn treibt. Die andere ist, dass Steuersenkungen für Unternehmen und Steuererhöhungen für die einfache Bevölkerung angekündigt sind. Doch Barboza und seine Mitstreiter_innen bekommen Rückendeckung. Innerhalb der CUT hat er sich immer auch für den Ausbau der Zusammenarbeit mit den global agierenden Gewerkschaftsföderationen wie IndustriAll im Industriesektor, die in Genf sitzt, eingesetzt.

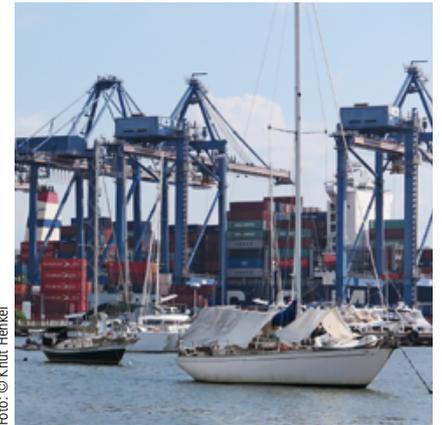


Foto: © Knut Henkel

Für die Arbeit hier gibt es meist keinen offiziellen Vertrag – Hafen von Cartagena

So schrieben erst im August 2018 sieben große internationale Gewerkschaftsverbände einen gemeinsamen Brief an den Präsidenten, um darauf aufmerksam zu machen, dass die steigende Zahl von Morden an sozialen und politischen Aktivist_innen sie sorgt.

Ähnliches brachte Barboza bei der SNTT selbst voran. Dort stärkte er die Verbindungen mit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation ITF, die in London ansässig ist. Im Dezember 2017 reiste beispielsweise der komplette ITF-Vorstand zur ITF-Regionalkonferenz Lateinamerika/Karibik im kolumbianischen Cartagena de Indias an. Sie wollten, sagte ITF-Generalsekretär Stephen Cotton, ausdrücklich ein Zeichen für Arbeits- und Menschenrechte setzen und die SNTT unterstützen. Das hat Wirkung. Gerade ist eine Gewerkschaft des öffentlichen Nahverkehrs im kolumbianischen Medellín der SNTT beigetreten.

Auch bei den Arbeitskämpfen in Buenaventura sorgte die internationale Vernetzung mit für den Erfolg. In dem Hafen betreibt die dänische Reederei Maersk ein Terminal. Kolleg_innen aus Dänemark und von der ITF in London haben den direkten Draht zur Firmenleitung aufgenommen.

Knut Henkel

 Der Autor lebt in Hamburg und reist regelmäßig nach Kolumbien.



Foto: © Knut Henkel

„Ich wollte nicht tatenlos zusehen, wie wir in immer kleinere Einheiten zerrieben werden.“ – Esteban Barboza



Internationaler Druck stärkt lokale Strukturen

Ecuador ist der größte Bananenexporteur weltweit. Die Situation der Plantagenarbeiter_innen aber hat sich in den letzten Jahren besonders verschlechtert. Eine Kooperation aus Öffentlichkeit, Aktivist_innen und Gewerkschaften weltweit stemmt sich dagegen.

Der Hilfsappell ging im Februar diesen Jahres beim Präsidenten Ecuadors, Lenin Moreno Garcés, ein. 20 internationale Nichtregierungsorganisationen hatten sich zusammengeschlossen, um die Regierung eindringlich zu bitten, die Arbeit der Gewerkschaften im Land zu schützen. Auslöser für den Appell waren Morddrohungen gegen Jorge Acosta. Er ist Koordinator der Bananenarbeitergewerkschaft ASTAC in Ecuador – kurz für Asociación Sindical de Trabajadores

schwer. „Sowohl in Ecuador, Honduras als auch in Guatemala gibt es Gegenden, die weitestgehend gewerkschaftsfrei sind“, sagt Frank Braßel von Oxfam. Die Entwicklungsorganisation hat den Appell mit unterzeichnet. Dort hätten die Arbeiter_innen kaum Möglichkeiten sich zu organisieren. In einzelnen Plantagen von Kolumbien oder Costa Rica gebe es freie Gewerkschaften, wenn auch nicht ohne Repressionen.

Laut Braßel, der Leiter der „Fairness Eintüten!“-Kampagne bei Oxfam ist, hat sich vor allem in Ecuador die Lage in den vergangenen ein- bis zwei Jahren verschärft. Versuche, Betriebsgewerkschaften zu gründen, seien in jüngster Zeit gescheitert, und die Leute stünden nun auf der Straße. Grund dafür sei auch der Machtwechsel in Ecuador. Der neue politische Zungenschlag



Foto: David Brossard / flickr, CC BY-SA 2.0

„Wenn die Absatzmärkte berührt werden, dann erst verbessern sich auch die Bedingungen für die Arbeiter_innen.“

Agrícolas, Campesinos y Bananeros. Zu den Unterzeichnern des Appells gehören Gewerkschaftsunterstützer_innen aus Deutschland, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Rumänien, Holland, Portugal, Italien, Slowenien oder Polen.

Der Appell wurde international gestreut, die Unterzeichner_innen forderten Politik und Wirtschaft auf, sowohl bei Geschäftsverhandlungen als auch bei politischen Gesprächen auf die Lage der Arbeiter_innen auf den Bananenplantagen aufmerksam zu machen. Ecuador zählt zu den weltweit größten Bananenexporteuren. Hauptimporteure sind die EU und die USA. Niedrige Löhne und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen sind Alltag auf den Plantagen. Arbeiter_innenvertretungen haben es

des Präsidenten Moreno Garcés spiegle sich in den Arbeitsbedingungen der Arbeiter_innen auf den Bananenplantagen wider. „Immer mehr von ihnen sind nur für einen Teil ihrer Arbeit sozialversichert und haben damit keinen vollständigen Anspruch auf eine Gesundheits- oder Rentenversorgung“, sagt Braßel.

Mehr denn je setzt er auf die Kooperation von Öffentlichkeit, Aktivist_innen und Gewerkschaften weltweit, um die Lage vor Ort zu verbessern. „Generell scheint es in allen Ländern so zu sein, dass internationaler Druck immer eine Stärkung lokaler Organisationen bedeutet“, sagt Braßel. „Wenn die Absatzmärkte, also die Gewinne, berührt werden, dann erst verbessern sich auch die Bedingungen für die Arbeiter_innen.“

In dem Schreiben an die ecuadorianische Regierung fordern die Unterstützer_innen nicht nur, die Sicherheit Acostas sowie anderer Gewerkschafter_innen zu gewährleisten, sondern sie drängen auf eine weltweite Debatte für mehr Rechte für Arbeitnehmer_innen im Bananensektor. Staatliche Instanzen schienen nur wenig zu unternehmen, um die grundlegenden Menschenrechte in diesem Sektor zu schützen, heißt es. Dies bedeute eine Verletzung der Konventionen 87 und 98 der Internationalen Arbeitsorganisation. Eine Schlüsselrolle spielt das Weltbananenforum, ein Gremium der Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen. Vertreter_innen aus rund 40 Staaten kommen bei den Konferenzen zusammen, dabei sind die Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Regierungsvertreter aber auch die Exporteure und der Einzelhandel. In einer gemeinsamen Erklärung sprachen sich die Teilnehmer_innen vor rund einem Jahr für nachhaltige Produktionsweisen aus und Fortschritte bei der Festlegung von Standards für gute Lebensbedingungen der Arbeiter_innen.

Das Weltbananenforum unterstützt zudem Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Produzentenorganisationen. Ein Beispiel: Im Sommer 2016 einigten sich in Peru die Vertreter_innen mehrerer Vereinigungen von Bananenkleinbäuer_innen und die Landarbeiter_innengewerkschaft SITAG auf ein gemeinsames Abkommen, das Gewerkschafts- und Arbeitsrechte regelt. Als Vermittler waren Fairtrade International, internationale Nichtregierungsorganisationen wie Banana Link oder BanaFair sowie die Lateinamerika-Koordinierung der Bananengewerkschaften COSIBA dabei. Die Zusammenarbeit soll die Schlagkraft der Arbeitnehmervertretung vor Ort, aber auch international erhöhen.

Braßel sieht die Unternehmen in der Pflicht, mehr Verantwortung für die Menschen zu übernehmen, die in den Produktionsländern arbeiten. „Warum sollten nicht Einzelhändler und Gewerkschaften zusammenkommen und gemeinsame Strategien im Sinne der Arbeitenden entwickeln?“, fragt er. Momentan fehlten aber strukturelle Ansätze in den Branchen – und auch strengere gesetzliche Vorgaben. „Für Bananenarbeiter_innen aus Ecuador, die bei ihren Lieferanten für eine unserer großen Supermarktketten arbeiten, muss es die Möglichkeit geben, gegen die Verletzung ihrer Menschenrechte in der Lieferkette des Supermarktes juristisch vorzugehen.“ Bis es solche juristischen Instrumente in den EU-Staaten gibt, werden wohl Jahrzehnte vergehen.

Tanja Tricarico



Die Autorin beschäftigt sich seit Jahren mit internationalen Arbeitnehmer_innenrechten.



Globale Herausforderungen lokal denken

Unternehmen wie der US-Konzern Amazon drängeln sich überall rein und verschieben Machtverhältnisse. Gewerkschafter_innen müssen dagegen halten, zum Beispiel mit ihrer Vision für faires Wirtschaften. Die Debatte dafür organisiert das Nord-Süd-Netz zum Beispiel mit seiner Broschüre zur Großen Transformation oder mit Seminaren.

Groß und gnadenlos? Der US-Konzern Amazon steht unter den reinen Onlinehändlern weltweit schon lange an der Spitze. Seit 2017 gehört er nun auch zu den größten Einzelhändlern der Welt. Und erst in diesem Sommer meldete er wieder einen Rekordgewinn: umgerechnet 2,1 Milliarden Euro im zweiten Quartal 2018. Der Höchstwert lag bis dahin noch bei 1,6 Milliarden Euro. Er war in den drei Schlussmonaten des vergangenen Jahres erreicht worden.

Amazon drängelt sich überall rein, zementiert seine Dominanz. Längst geht es nicht mehr nur um den traditionellen Onlinehandel, sondern auch um Geschäfte mit künstlicher Intelligenz, mit Lebensmitteln oder mit Speicherplätzen in der Cloud. Das schafft neue Machtverhältnisse und extreme Ungleichgewichte. Gewerkschafter_innen stehen vor neuen Aufgaben.



Foto: methodshop/flickr, CC BY-SA 2.0

Alexa: „Die Fangarme der Datenkrake“ Amazon

Denn zugleich werden Amazon Steuertricks vorgeworfen, warnen Datenschützer vor dem Konzern als Datenkrake, weil er über die Sprachsteuerungs-App „Alexa“ immer mehr Wissen über Kunden sammelt. Und Beschäftigte, Gewerkschaften und Zulieferer klagen über schlechte Vertrags- und Arbeitsbedingungen. Welche Rolle wollen die Gewerkschaften da spielen? Wie wichtig wird die internationale Solidarität? Und: Welche Visionen gibt es für eine Wirtschaft, die Wachstum nicht über alles

„Wir müssen den nationalen und internationalen Kontext angesichts der Globalisierung der Wirtschaft zusammen denken.“

stellt? Das sind für Sonja Gündüz, Projektleiterin für Bildungs- und Informationsarbeit in Deutschland im Nord-Süd-Netz des DGB Bildungswerk BUND, „entscheidende Fragen für die künftige Gewerkschaftsarbeit“. Sie hat sie aufgeworfen in der Broschüre „Arbeiten und Wirtschaften in den Grenzen des Wachstums. Die Rolle der Gewerkschaften in einer ökologischen und sozialen Transformation“ – und trifft damit einen Nerv. Die erste Auflage ist längst vergriffen, die neue jetzt gedruckt.

Das Heft steht exemplarisch für die Bildungs- und Informationsarbeit des Nord-Süd-Netzes in Deutschland. Denn neben den zahlreichen internationalen Projekten, die das Nord-Süd-Netz ausmachen, gehört auch das „Inlandsprojekt“ dazu. Gündüz sagt: „Wir müssen den nationalen und internationalen Kontext angesichts der Globalisierung der Wirtschaft zusammen denken.“

Das entspricht auch dem, was die Vereinten Nationen in ihren sogenannten Nachhaltigkeitszielen skizziert haben. Gleich 17 Ziele und 169 Unterziele haben sich die Staaten der Welt bereits im September 2015 für eine nachhaltige, also zukunftsfähige, Entwicklung gesetzt. Die Ziele zeigten wie „global vernetzt wir sind“, formulierte CSU-Bundesentwicklungsminister Gerd Müller damals. Niemand könne mehr sagen, was in Lateinamerika oder Asien passiere, gehe ihn nichts an. Die Ziele gelten auch für die Industriestaaten, also „auch für uns“, so Müller.

„Ohne die anderen Ziele aus dem Blick zu verlieren, sind für die Gewerkschaftsarbeit vor allem die Ziele 8 – Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, 10 – Weniger Ungleichheiten und 12 – Nachhaltiger Konsum und Produktion maßgeblich“, sagt André Edelhoff, der das Nord-Süd-Netz leitet.

Das spiegelt sich in den Seminaren des DGB Bildungswerk BUND wider, die neben aktuellen Nachrichten auf der Webseite oder dem Newsletter eine Art Herzstück des mittlerweile zehn-

jährigen Inlandsprojektes sind. In den letzten Jahren wurden sie immer zahlreicher, die Nachfrage ist groß. Jede und jeder kann sich unter www.nord-sued-netz.de anmelden. Ein Seminar in diesem Jahr trägt zum Beispiel den Namen: „Die Grenzen des Wachstums sind erreicht! Wie könnte eine alternative Wirtschaft aussehen?“ Ein anderes heißt: „Vom Wirtschaftsboom in den Korruptionssumpf: Zeitenwende in Brasilien?“ Oder auch im Angebot: „Chic aber schmutzig – Die Kosten der billigen Mode.“

Ein weiteres Seminar weist auf ein Thema hin, das Edelhoff und Gündüz in den nächsten Monaten stärken wollen. Der Titel: „Der Griff nach Nahrung – Interessen der Märkte contra Menschenrecht auf Nahrung.“

Der Hintergrund: Jede_r neunte Weltbürger_in ist laut dem aktuellen Ernährungsbericht der UN von Hunger oder Unterernährung betroffen. Derweil sind im Fleischsektor zum Beispiel zwei brasilianische Firmen, JBS und BRF, global führend. So steht es im Konzernatlas 2017, einer Datensammlung unter anderem von der Hilfsorganisation Oxfam, dem Bund für Umwelt und Naturschutz und der Heinrich-Böll-Stiftung. Darin findet sich auch diese Angabe: Der britisch-niederländische Unilever-Konzern kontrolliert zusammen mit dem indischen Unternehmen Tata sowie Associated British Foods rund 80 Prozent des globalen Teehandels. Und auch in Deutschland fordert der DGB Bundeskongress 2018 ein nachhaltiges Lebensmittelsystem zu etablieren, bei der die Umwelt geschont wird und gute und sichere Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Hanna Gersmann

 Bestellung der Printversion der Broschüre „Arbeiten und Wirtschaften in den Grenzen des Wachstums“: www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen





Buen Vivir – Vordenker zu Gast

Er will hin zum Buen Vivir, zum guten Leben und Arbeiten, und weg vom ständigen Wirtschaftswachstum: Alberto Acosta. Der ehemalige Energieminister und Präsident der verfassungsgebenden Versammlung von Ecuador hat in diesem Sommer im Bonner Gewerkschaftshaus das Konzept Buen Vivir erläutert. Acosta sagt: „Wir müssen akzeptieren, dass ständiges Wirtschaftswachstum in einer Welt mit begrenzten Mitteln nicht möglich ist. Es ist Wahnsinn! Wir müssen das hinter uns lassen.“ Die Lebensweise des Buen Vivir, die im traditionellen Wissen indigener Völker wurzelt, gewinnt nicht nur in Lateinamerika, sondern weltweit an Bedeutung. Sie steht für eine Abkehr von einem technisch geprägten Fortschrittsgedanken. Das Grundprinzip: „Alle stellen“, sagt Acosta, „das harmonische Zusammenleben mit sich und mit der Natur in den Mittelpunkt.“

Mehr Infos: <http://koeln-bonn.dgb.de/themen/++co++fe773b08-7096-11e8-8997-52540088cada>



„Meilenstein“ in Katar

Ausländische Arbeiter_innen schufteten in Katar, wo 2022 die Fußball-WM ausgetragen wird, ohne jede Rechte. Nun hat das Golfemirat laut der Internationalen Arbeitsorganisation ILO einen „wichtigen Schritt zur Wahrung der Grundrechte“ der Arbeitsmigrant_innen gemacht. Denn bislang müssen sie alle eine Genehmigung ihres Arbeitgebers vorlegen, wenn sie aus Katar ausreisen wollen. Künftig ist die Erlaubnis überflüssig für alle, die unter das katarische Arbeitsrecht fallen. Houtan Homayounpour, Leiter des ILO-Projektbüros für den Staat Katar: „Dieser erste Schritt zur vollständigen Abschaffung der Ausreisegenehmigungen ist ein deutliches Zeichen für das Engagement der Regierung von Katar für Arbeitsmarktreformen und ein wichtiger

Meilenstein in diesem Prozess.“ Die ILO werde bei den Reformen weiterhin eng mit der Regierung von Katar zusammenarbeiten.

Mehr Infos: www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_638754/lang--en/index.htm



Schufeten bislang ohne Rechte – Arbeitsmigranten in Katar

ILO wird 100

Im kommenden Jahr geht es rund: Die Internationale Arbeitsorganisation ILO feiert ihren 100. Geburtstag. Erster Höhepunkt: Am 22. Januar wird die Globale Kommission zur Zukunft der Arbeit ihren Bericht vorlegen. Dahinter steht ein Prozess, der bereits im Jahr 2016 mit einer Reihe von nationalen Dialogen startete. Das Ziel: Eine tiefgehende Analyse zur Zukunft der Arbeit zu erarbeiten, die als Grundlage für das Verständnis von sozialer Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert dient. Die 28-köpfige Kommission konzentriert sich auf diese Schlüsselthemen: Schaffung von menschenwürdiger Arbeit für alle, Arbeitsbeziehungen und Gesellschaft, Arbeitsorganisation und Produktion sowie künftige Regelungen der Arbeit (governance of work).

Mehr Geburtstagsinfos: www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_644023/lang--en/index.htm



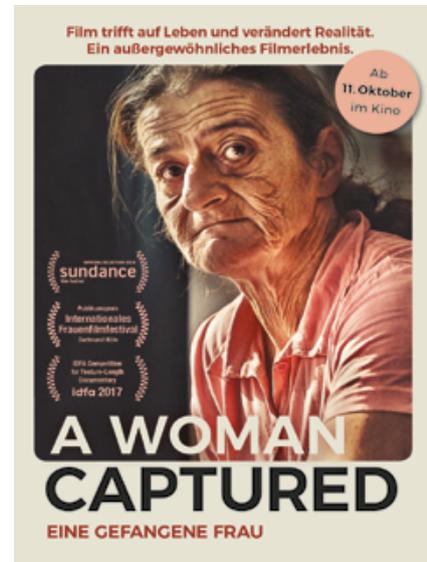
Filmtipp: Die Gefangene

In keinem Land ist sie mehr erlaubt, trotzdem gibt es sie: Sklaverei. Laut dem Global Slavery Index waren im Jahr 2016 weltweit 45,8 Millionen Menschen darin gefangen, 1,2 Millionen davon in Europa. Zu einer Betroffenen findet die ungarische Filmemacherin Bernadett Tuza-Ritter einen einzigartigen Zugang. Über

Monate dokumentiert sie in „A woman captured“ den Alltag von Marish. Die 52-jährige Ungarin arbeitet von morgens früh bis spät in die Nacht, 20 Stunden lang, für eine Familie in Budapest. Lohn erhält sie keinen. Sie setzt sich nie mit an den Tisch, bekommt nur Reste vom Essen, schläft auf einer Couch, ein Bett hat sie nicht. Will sie das Haus verlassen, muss sie um Erlaubnis fragen. Ihre Ausweispapiere hat die Familie konfisziert. Sie lebt so schon seit mehr als zehn Jahren. Dann sagt sie: „Ich werde fliehen.“ – Beeindruckend.

Mehr Infos und Vorführungen und Filmgespräche: www.partisan-filmverleih.de/kinotermine

Mehr Infos zur Sklaverei: www.globalslaveryindex.org/2018/findings/highlights/



Filmposter: © Partisan Filmverleih

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
 Vorsitzende: Elke Hannack
 Geschäftsführerin: Claudia Meyer
 Verantwortlich: André Edelhoff
 Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
 Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
 Nord | Süd-Netz
 Hans-Böckler-Straße 39
 40476 Düsseldorf

Tel.: 0211/4301-329
 Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Hier erfährst du, was Bildungsurlaub ist:
www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/Bildungsurlaub/Broschuere_Bildungsurlaub.pdf



BILDUNGSURLAUB

Freihandel über alles – Unterwandert der globale Poker um Profite die Demokratie?

Auch wenn die TTIP-Verhandlungen zunächst ausgesetzt wurden – schon jetzt sind weitere Freihandelsabkommen still und leise in Verhandlung: von EPAs, über TPP bis hin zum Dienstleistungsabkommen TISA. Die Kritik ist vielfältig: Nicht demokratisch legitimierte Schiedsgerichtshöfe für multinationale Unternehmen, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Unterwanderung von Arbeitnehmerrechten – Werden unsere demokratischen Rechte ausgehebelt? Wir erarbeiten uns in diesem Seminar Inhalte und Folgen von internationalen Freihandelsabkommen und betrachten dabei u. a. die Auswirkungen auf demokratische Rechte in den Ländern des globalen Südens und bei uns.



Foto: Michaela/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Veranstaltung
im DGB Tagungszentrum
Hattingen
Beginn: 18.11.2018, 19:00 Uhr
Ende: 23.11.2018, 12:15 Uhr
Hinweis
Kostenbeteiligung: 150,- €

[ZUR ONLINEANMELDUNG](#)

Weitere Details
www.forum-politische-bildung.de/tcc

BILDUNGSURLAUB

Die Welt in Bewegung – Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik heute

Migration über Landesgrenzen hinweg ist ein weltweites Phänomen. Doch welches sind die Beweggründe für eine Abwanderung? Was bedeutet massenhafte Abwanderung für das Herkunftsland und was erwartet Migrant_innen im Zielland? Unseren Blick richten wir auf die Einwanderungspolitik und -kultur in Europa und Deutschland. Wir fragen nach rechtlichen Regelungen und Lebensumständen von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Und wir schauen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeitsmigrant_innen. Schließlich diskutieren wir Möglichkeiten im Umgang mit Zuwanderung und Anstrengungen, um die wachsende Vielfalt der Bevölkerung einzustellen.



© Verveidis Vassilis/shutterstock.com

Veranstaltung
im DGB Tagungszentrum
Hattingen
Beginn: 25.11.2018, 19:00 Uhr
Ende: 30.11.2018, 12:15 Uhr
Hinweise
Kostenbeteiligung: 160,- €

[ZUR ONLINEANMELDUNG](#)

Weitere Details
www.forum-politische-bildung.de/mig

Die nächsten Bildungsurlaube

Entwicklungspolitische Seminarangebote

BILDUNGSURLAUB

Vom Wirtschaftsboom in den Korruptionssumpf: Zeitenwende in Brasilien?

Brasilien war im vergangenen Jahrzehnt der Aufsteiger aus dem globalen Süden: Erfolgreiche Sozialprogramme und wirtschaftliches Wachstum unter den mittel-links Regierungen von Lula da Silva und Dilma Rouseff führten zur Verringerung von Armut und dem Aufstieg nationaler Unternehmen zu internationalen Champions. Doch eine tiefe Wirtschaftskrise seit 2014, die umstrittene Amtsenthebung der Präsidentin Dilma Rouseff sowie zahlreiche Korruptionsskandale, die alle Parteien betreffen, haben die Gesellschaft tief gespalten. Welche strukturellen Probleme in Politik und Wirtschaft hat das Land? Welche Rolle spielen die führenden Medien in der Krise? Wie positionieren sich die Gewerkschaften und welche Handlungsspielräume haben sie?



© CSA/TUCA

Veranstaltung
im DGB Tagungszentrum
Hattingen
Beginn: 02.12.2018, 19:00 Uhr
Ende: 07.12.2018, 12:15 Uhr
Hinweise
Kostenbeteiligung: 150,- €

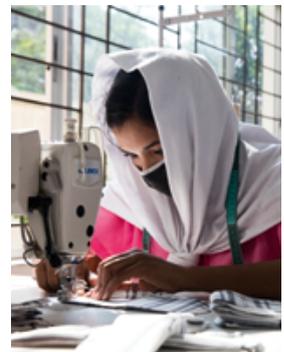
[ZUR ONLINEANMELDUNG](#)

Weitere Details
www.forum-politische-bildung.de/lat

BILDUNGSURLAUB

Chic aber schmutzig – die Kosten der billigen Mode

Weltweit nimmt die Arbeitsteilung zu, so dass sich heute Produktionsketten um die ganze Welt spannen. Dieser Aspekt der Globalisierung reicht von den Arbeitenden hier vor Ort, über andere reiche Industrienationen bis in Fabriken und Landwirtschaft der ärmsten Länder der Welt. Was hat das mit uns zu tun? Die Produktionsentwicklungen haben erhebliche Auswirkungen auf alle Länder dieser Welt. Dabei geht es unter anderem um die Umwelt, die Arbeitsbedingungen, Lebensverhältnisse sowie den sozialen Frieden. Wir sehen uns die Wertschöpfungskette von Bekleidung an und werden uns mit den Arbeitsbedingungen sowie der Rolle von Unternehmen und Gewerkschaften beschäftigen.



World Bank/Bangladesh/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Veranstaltung
im DGB Tagungszentrum
Hattingen
Beginn: 16.12.2018, 19:00 Uhr
Ende: 21.12.2018, 12:15 Uhr
Hinweis
Kostenbeteiligung: 160,- €

[ZUR ONLINEANMELDUNG](#)

Weitere Details
www.forum-politische-bildung.de/wem



2017

Arbeiten und Wirtschaften in den Grenzen des Wachstums

Es ist eine der großen Fragen unserer Zeit, vielleicht die drängendste: Wie können wir unsere Wirtschaft so gestalten, dass wir auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen eine global sozial gerechte Gesellschaft ermöglichen? Und wie erreichen wir den dafür notwendigen großen Wandel, der das Wohlergehen der Menschen und des Planeten, auf dem wir leben, in den Mittelpunkt stellt statt das Wachstum um jeden Preis?

Nur allzu oft werden in der Diskussion ökologisches, faires Wirtschaften und Standortpolitik samt Arbeitsplätzen gegeneinander ausgespielt. Welche Vision haben wir als Gewerkschaften für eine Wirtschaft, die Wachstum nicht über alles stellt? Im Fokus der Broschüre stehen die vielfältigen Formen würdiger Arbeit und die Notwendigkeit einer Demokratisierung und internationaler Solidarität angesichts der aktuellen globalen Entwicklung mit ihren wachsenden Machtungleichgewichten.



Broschüre DIN A4, 68 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2015/2016

Ohne Not flieht niemand! Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute

Warum verlassen Menschen ihre Heimat, wandern aus, fliehen? Und was ist der Anteil der Länder des Nordens daran? Wie organisiert man eine humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, wie sieht eine ernstzunehmende Integration aus? Im öffentlichen Diskurs sind diese Fragen längst von neuen Abschottungsstrategien in den Hintergrund gedrängt worden. Das DGB Bildungswerk BUND will sie mit dieser Broschüre wieder in den Mittelpunkt rücken.

Unter dem Titel „Ohne Not flieht niemand. Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute“ geht es darin um die Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie den Zusammenhang zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung. Asylpolitik und die Migrationsagenda der EU werden kritisch analysiert und Alternativen aufgezeigt.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2016

Moderne Sklaverei. Nicht tolerierbar, nicht akzeptabel und nicht verhandelbar

Nach Zahlen der ILO leben heute global mehr als 21 Millionen Menschen in Sklaverei, sklavereiähnlichen Bedingungen und Zwangsarbeit. Das heißt, dass zu einem einzigen Zeitpunkt in der Geschichte mehr Menschen betroffen sind als insgesamt während drei Jahrhunderten transatlantischen Sklavenhandels.

In Europa – ja, auch hier – leben in absoluten Zahlen die meisten SklavInnen in der Türkei: 185.500 Menschen. Dahinter verbirgt sich eine hohe Anzahl an Kinderheiraten, Zwangsarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Auch in Polen ist moderne Sklaverei relativ stark verbreitet, die zum Teil auf der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte aus anderen osteuropäischen Staaten sowie aus Südostasien basiert. In Deutschland findet sie vor allem in Form von Arbeitsausbeutung und Zwangsprostitution statt. Das fordert uns Gewerkschaften heraus.



Broschüre DIN A4, 76 (78) Seiten

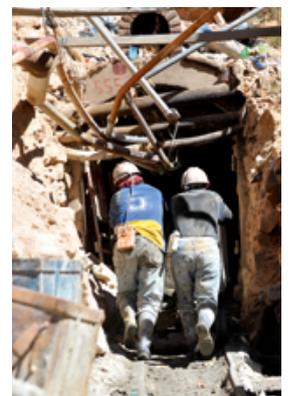
- Online-Flipbook zum Durchblättern (78 S.)
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2014

Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!

Jeder zweite Arbeitsplatz, der heute in Deutschland entsteht, ist prekär, das heißt: sozial und arbeitsrechtlich nicht abgesichert und oft nicht existenzsichernd. Es handelt sich um befristete oder erzwungene Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit mit Werkverträgen oder auch Arbeit im informellen Sektor. Weltweit müssen bereits bis zu 30 Millionen Menschen unter sklavereiähnlichen Bedingungen arbeiten. Besonders gefährdet, in solche Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse hineinzurutschen, sind Frauen und junge Menschen, sogar Kinder.

Wie Menschen damit leben, was lokale und globale Handlungsoptionen, wer die Akteure sein können, um diesen massiven Trend zur Prekarisierung zu stoppen und umzudrehen, fasst die Broschüre „Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!“ zusammen.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download